AMT DER NIEDERÖSTERREICHISCHEN LANDESREGIERUNG
Gruppe Landesamtsdirektion
Abteilung Landesamtsdirektion/Internationale und Europäische Angelegenheiten
3109 St. Pölten, Landhausplatz 1

Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 3109

Präsident des NÖ Landtages
Ing. Johann Penz
Landtagspräsident

Landtag von Niederösterreich
Landtagsdirektion
Eing.: 03.05.2017
zu Ltg.-**1072-1/A-3/180-2016**
~~Ausschuss~~

Beilagen

LAD1-IE-A-3025/035-2017
Kennzeichen (bei Antwort bitte angeben)

E-Mail: post.lad1@noel.gv.at
Fax 02742/9005-13610 Internet: http://www.noe.gv.at
Bürgerservice-Telefon 02742/9005-9005 DVR: 0059986

Bezug	BearbeiterIn	(0 27 42) 9005 Durchwahl	Datum
-	Mag. Martha Holz	15354	02. Mai 2017

Betrifft
Ltg.-1072-1/A-3/180-2016

Sehr geehrter Herr Präsident!

Im Sinne des Beschlusses des NÖ Landtages vom 26.1.2017, Ltg.-1072-1/A-3/180-2016, ist die NÖ Landesregierung bei der Bundesregierung vorstellig geworden und hat sie aufgefordert, sich weiterhin auf europäischer Ebene dafür einzusetzen, dass die Werte und Grundrechte Europas, insbesondere sämtliche Freiheitsrechte, Pressefreiheit und Unabhängigkeit der Justiz, als Grundlage für Beitrittsverhandlungen zur Europäischen Union betrachtet werden und bestehende Beitrittsverhandlungen mit Ländern wie der Türkei, in welchen diese Werte und Grundrechte nicht eingehalten werden, eingefroren werden.

Gemäß der Geschäftseinteilung des Amtes der NÖ Landesregierung ist dieser Beschluss federführend von der Abteilung Landesamtsdirektion/Internationale und Europäische Angelegenheiten zu vollziehen.

Dazu wird folgender Bericht abgegeben:

Am 1. Februar 2017 richtete Herr Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll ein Schreiben an Herrn Bundeskanzler Mag. Kern und Herrn Vizekanzler Dr. Mitterlehner.

In der Folge ist ein Antwortschreiben des Herrn Vizekanzlers Dr. Mitterlehner eingegangen, über das dem NÖ Landtag bereits im März 2017 berichtet wurde.

Am 7. April 2017 langte nun das Antwortschreiben des Ministerratsdienstes des Bundeskanzleramtes ein, in welchem im Wesentlichen ausgeführt wird, dass sich die Türkei in den letzten Jahren immer weiter von der Europäischen Union wegbewegt habe.

Angesichts der dramatischen Entwicklungen in der Türkei werde auf die Linie der Bundesregierung, die Entschließung des Nationalrats vom 13. Oktober 2016 und die gemeinsame Erklärung der Abgeordneten aller sechs Parlamentsfraktionen vom 10. November 2016 mit der Forderung nach einem Einfrieren der EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei verwiesen.

In diesem Sinne habe sich Österreich im Rat für Allgemeine Angelegenheiten am 13. Dezember 2016 mit Nachdruck für einen klaren Verweis auf ein Einfrieren der EU-Beitrittsverhandlungen eingesetzt. Mangels einer Einigung unter den EU-Mitgliedstaaten seien keine Schlussfolgerungen des Rates zu diesem Tagesordnungspunkt angenommen worden. Allerdings sei in den Schlussfolgerungen des Vorsitzes zumindest ausdrücklich festgehalten worden, dass „unter den derzeit herrschenden Umständen nicht in Betracht gezogen wird, neue Kapitel zu eröffnen."

Österreich werde im Zusammenhang mit dem Beitrittsprozess weiterhin auf der Relevanz der Kopenhagener Kriterien sowie auf den darüber hinausgehenden, im Verhandlungsrahmen von 2005 festgelegten Punkten, wie der Aufnahmefähigkeit der EU, beharren.

Die NÖ Landesregierung beehrt sich, dies zu berichten.

NÖ Landesregierung
Mag. Johanna M i k l – L e i t n e r
Landeshauptfrau